

Stefan Müller

Die Ostkontakte der westdeutschen Gewerkschaften

**Entspannungspolitik
zwischen Zivilgesellschaft und
internationaler Politik**

1969 bis 1989



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4271-8
ISSN 0941-7621

© 2020 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Reihengestaltung: Just in Print, Bonn · Kempken DTP-Service, Marburg

Umschlagfoto:
»Annäherung DGB-FDGB: Ernst Breit empfängt Harry Tisch am 28.5.1985 in Düsseldorf«,
picture alliance / Klaus Rose

Umschlag: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2020

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

I	Einleitung	9
1	Gewerkschaften als (außenpolitische) Akteure der Zeitgeschichte – ein Desiderat	9
2	Untersuchungsgegenstand und Quellenlage	18
3	Transnationalität, innerverbandliche Willensbildung und gesellschaftspolitische Interdependenz	23
4	Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Eigenständigkeit und staatlicher Einbindung	30
5	Aufbau der Arbeit	34
II	Gewerkschaften und Außenpolitik vor 1969	39
1	Außenpolitische Orientierungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Weimarer Republik	39
1.1	Im nationalen Konsens gegen Versailles	39
1.2	Völkerbund und europäische Wirtschaftseinheit	48
1.3	ADGB und Außenpolitik in Weimar	50
2	DGB und Westintegration nach 1945	53
3	Gewerkschaftliche Ostkontakte vor 1969	61
3.1	Deutsch-deutscher Antagonismus	61
3.2	Das Morgenleuchten der Neuen Ostpolitik	65
III	DGB-Ostkontakte während der Verhandlungsphase 1969 bis 1972	73
1	DGB-Bundeskongress Mai 1969	73
2	Vetter fährt nach Moskau und Warschau	79
2.1	Ankommen in der Weltpolitik	79
2.2	Eskalation in der Berlin-Frage	86
2.3	Kontaktaufnahme mit den polnischen Gewerkschaften	90
2.4	Konfliktpunkt: »Anerkennung« der polnischen Westgrenze	92
2.5	Schlussakt: 7. Dezember 1970	97

3	Schwierige Kontaktaufnahme zum FDGB	99
3.1	Ein Tabu wird gebrochen	99
3.2	Anreiseschwierigkeiten (Ost-Berlin versus Düsseldorf)	103
4	Gewerkschaften und sozialdemokratische Deutschland- und Ostpolitik in der Verhandlungsphase	106
4.1	Außendarstellung und Selbstwahrnehmung des DGB	106
4.2	DGB und Auswärtige Politik	109
4.3	Das deutschlandpolitische Netzwerk des DGB	117
IV	Zwischen Euphorie und Stabilisierung – Gewerkschaftsbeziehungen in den 1970er-Jahren	131
1	Folgen der Ostverträge für die Gewerkschaftsbeziehungen	131
1.1	Das Viermächteabkommen über Berlin	131
1.2	Die Reisewelle beginnt	136
1.3	Konflikte um das Berlin-Abkommen	139
1.4	Oktober 1972: Heinz Oskar Vetter fährt nach Ost-Berlin	144
2	Der westdeutsche Blick auf Osteuropa	149
2.1	Grundlinien der Delegationsdiplomatie	149
2.2	Sowjetunion	158
2.3	Polen	166
2.4	Die Peripherie der DGB-Ostpolitik	179
2.5	DGB und osteuropäische Dissidenz	184
3	Zwischen Obstruktion und Kontrolle: Multilaterale Beziehungen	187
3.1	Gewerkschafts-KSZE	187
3.2	Gescheiterte Unterminierung des Europäischen Gewerkschaftsbundes	198
3.3	Internationale Jugendbegegnungen	201
4	FDGB: Begegnungs- und Krisenzyklen im Kontext innerdeutscher »Normalisierung«	205
4.1	Die Spitzenbegegnungen von DGB und FDGB – erster Zyklus (1972/1973)	205
4.2	Zweiter DGB/FDGB-Zyklus (1976/1978)	213
4.3	Entspannung und Annäherung durch Distanz	224
4.4	Arbeit und Leben	230
V	Polen und Solidarność	241
1	Skepsis, Besorgnis und Zurückhaltung	241
2	Einmischung in die inneren Angelegenheiten: Unterstützung der Solidarność 1981	253
3	Kriegsrecht in Polen	267

VI Von der Ost- zur Deutschlandpolitik: Die 1980er-Jahre	283
1 DGB-Ostpolitik im zweiten Kalten Krieg	283
1.1 Spagat zwischen NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung	283
1.2 Verhältnis zur neuen Bundesregierung	297
1.3 Gewerkschaftsbeziehungen im zweiten Kalten Krieg	305
1.4 DGB und sozialdemokratische Nebenaußenpolitik	306
2 Der DGB und Osteuropa in den 1980er-Jahren	315
2.1 Sowjetunion: Zu Besuch bei Breschnew und Gorbatschow	315
2.2 Die Peripherie	324
3 Deutsch-deutsche Normalisierung	328
3.1 Innerdeutsche Gewerkschaftsbeziehungen im zweiten Kalten Krieg	328
3.2 Der »Aufbruch«	333
3.3 Erfolge und Grenzen der Entspannung	349
4 Deutschlandpolitische Dialektik: Lehrgewerkschaften im Gespräch	365
4.1 Dieter Wunder und die Einheit der Nation	365
4.2 Die Friedenspädagogischen Gespräche von GEW und GUE 1985 und 1987	370
4.3 Positionspapier zur Friedenspädagogik 1989	376
VII Fazit	381
1 Gewerkschaftliche Ost- und Deutschlandpolitik: Von der Akzeptanz der Nachkriegsrealitäten zu den deutschlandpolitischen 1980er-Jahren	381
2 Wandel durch Annäherung? Gewerkschaftliches Agieren in der Periode der Entspannungspolitik	387
3 Gewerkschaften zwischen Nichtregierungsorganisation und parastaatlichem Akteur in der Außenpolitik	392
Dank	399
 Anhang	
Verwendete Tages- und Wochenzeitungen und Pressedienste	402
Archivarische Quellen	402
Quelleneditionen und -sammlungen	403
Literatur (einschließlich gedruckter Quellen)	404
Personenregister	423
Über den Autor	429



I Einleitung

1 Gewerkschaften als (außenpolitische) Akteure der Zeitgeschichte – ein Desiderat

Die deutschen Gewerkschaften verfügen über eine lange Tradition internationaler Orientierungen und eine lange Geschichte transnationaler Beziehungen. Carl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, war bis zu deren Quasiauflösung im Gefolge des Ersten Weltkriegs 1914 Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) war seit seiner Gründung 1949 Teil einer transnationalen Gewerkschaftsbewegung: Er wurde Gründungsmitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG; engl.: International Confederation of Free Trade Unions, ICFTU)) und ist Mitglied im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Seine Mitgliedsgewerkschaften sind selbst in europäischen und globalen Branchengewerkschaftszusammenschlüssen organisiert. Sowohl der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) in der Weimarer Republik als auch der DGB nach 1949 waren über ihre transnationale Organisation hinaus außenpolitische Akteure. Sie entwickelten Positionen zu außenpolitischen Fragen und Problemen der internationalen Politik und sie begleiteten die Politik der jeweiligen Kabinette und Regierungen durch eigene Aktivitäten.

Dies galt auch für die Deutschland- und Ostpolitik. Bereits die Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg, auf denen die Organisationen der westlichen und östlichen Besatzungszonen zusammenkamen, zielten mit ihrem Streben nach der deutschen Einheit (seitens der Westzonen) auf die internationale und die Deutschlandpolitik. Auf das Scheitern dieser Annäherung und der manifesten Blockbildung in den 1950er-Jahren folgte eine Politik der Abgrenzung und des deutsch-deutschen Alleinvertretungsanspruchs. Ab Mitte der 1960er-Jahre nahm der DGB dann erste vorsichtige Kontakte zu den Gewerkschaften des Ostblocks auf. Der DGB führte Informationsreisen durch und ab 1967 kann man von einer ersten Reisewelle in den Osten sprechen. Es bestanden Kontakte in die Sowjetunion und in die ČSSR und es wurden auch behutsam Fühler nach Polen ausgestreckt. Nach einer kurzen Unterbrechung durch den Einmarsch von Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei 1968 beschloss der DGB schließlich auf seinem Bundeskongress im Mai 1969 die Fortsetzung und Intensivierung seiner Ostkontakte. Im Dezember 1970 begleitete der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter Bundeskanzler Willy Brandt auf dessen Reise nach Polen zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages. Und 1972 schließlich, wenige Wochen vor der auch als »Willy-Wahl« bezeichneten Bundestagswahl, kam es zum ersten offiziellen deutsch-deutschen Gewerkschaftskontakt seit den 1950er-Jahren.

Mit dem Abschluss der Ostverträge entwickelten der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften enge entspannungspolitische Beziehungen nach Osteuropa und in die DDR, die vor allem im gegenseitigen Austausch von Delegationen ihren Ausdruck fanden. Diese Delegationsbeziehungen wurden – mit gelegentlichen Unterbrechungen und wiederkehrenden Störungen – bis zur weltpolitischen Wende 1989/1991 aufrechterhalten. Die letzte deutsch-deutsche Gewerkschaftsbegegnung fand Mitte September 1989 statt. Die westdeutschen Gewerkschaften zählten, so der Biograf des IG-Metall-Vorsitzenden der 1970er-Jahre Eugen Loderer, »zu den zuverlässigsten Verbündeten der sozialliberalen Regierung«.¹ Auch zeitgenössisch wurde schon bemerkt, dass die Parteien ihre deutschland- und ostpolitische Haltung im Dialog mit den Verbänden – darunter auch den Gewerkschaften – ausgearbeitet hätten.² In einer Analyse heißt es gar, die SPD habe sich der Gewerkschaften »bedient«, um ihre langfristigen Vorhaben durch informelle Kontakte unterhalb der Regierungsebene einzuleiten.³ Und auch der langjährige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter legte entsprechende Fährten, als er 1977 resümierte, dass die Entspannungspolitik »ohne einen begleitenden Beitrag durch die Gewerkschaften [...] nicht möglich oder doch ganz erheblich schwieriger gewesen« wäre.⁴

Angesichts dieser Feststellung fallen die Ostkontakte der westdeutschen Gewerkschaften in eine eigenartige Forschungslücke. Sowohl die historiografischen als auch die sozialwissenschaftlichen Überblicksdarstellungen zur Geschichte und Politik der deutschen Gewerkschaften konzentrieren sich unabhängig von der konkreten wissenschaftlichen Fragestellung und unabhängig von ihrer politischen Grundierung zumeist auf die Darstellung der Gewerkschaften als innenpolitische Akteure. Selbst in der Hochphase gewerkschaftlicher Flankierung der bundesrepublikanischen Deutschland- und Ostpolitik hat die Wissenschaft diesem Aspekt transnationaler Gewerkschaftspolitik wenig Aufmerksamkeit gewidmet.⁵ Soweit die Gewerkschaften jedoch als außenpolitische Akteure diskutiert wurden und die Ostpolitik in den Blick genommen wurde, verkürzte sich diese Perspektive zumeist auf die DDR und das Ver-

1 Klaus Kempter, Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters, Filderstadt 2003, S. 240.

2 Günther Schmid, Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/1970, Köln 1979, S. 237 f.

3 Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949–1972, Köln 1973, S. 57.

4 Christian Götz (Hg.), Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und portraitiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977, S. 102.

5 Vgl. hier Klaus Armingeon, Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften. 1950–1985, Frankfurt a. M. 1988; Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977; Arno Klönne/Hartmut Reese, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg 1984; Klaus Schönhoven, Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt a. M. 1987; Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989.

hältnis zum FDGB.⁶ Wie in dieser Arbeit gezeigt wird, reflektierte dies das besondere deutsch-deutsche Verhältnis mit seinen im Vergleich teils anders gelagerten Schwierigkeiten. Tatsächlich lag der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Deutschland- und Ostpolitik in den 1970er-Jahren zunächst in den Beziehungen zu den sowjetischen Gewerkschaften. Aufgrund der in der Gewerkschaftspresse umfangreich dokumentierten Begegnungen, aber auch anhand von Darstellungen wichtiger Protagonisten, etwa des Leiters der Internationalen Abteilung des DGB, Erwin Kristoffersen, oder Heinz Oskar Vetter selbst, war dies durchaus bekannt. Rezipiert wurde es aber wenig.⁷ Eine zeitgenössische Ausnahme war ein Aufsatz Klaus von Beymes in der Festschrift für Heinz Oskar Vetter, in dem er eine Typologisierung und eine knappe Skizze der gewerkschaftlichen Ostkontakte vornahm (»transnationale Beziehungen«). Anhand von Geschäftsberichten und DGB-eigenen Darstellungen resümiert Klaus von Beyme, dass der DGB seine eigenen Kontakte »erst mit einer gewissen Verspätung zur staatlichen Ostpolitik, etwa auf Basis des Antrags des Bundesvorstands des DGB [...] auf dem 9. ord. DGB-Bundeskongreß 1972«, begonnen habe.⁸

Neuere, nach der globalen Systemwende von 1989/1991 entstandene sozialwissenschaftliche Darstellungen nahmen zwar verstärkt internationale Aktivitäten der Gewerkschaften in den Blick, verzichteten dabei jedoch auf historiografische beziehungsweise historisch-politikwissenschaftliche Fragestellungen.⁹ Jüngere historische Arbeiten wiederum, die sich mit der Sozialdemokratie beziehungsweise dem Verhältnis von SPD und Gewerkschaften befassen, fokussieren ähnlich wie die Gewerkschaftsforschung selbst auf die Gewerkschaften als innenpolitische Akteure.¹⁰

6 Vgl. Klaus Lompe, Gewerkschaftliche Politik in der Phase gesellschaftlicher Reformen und der außenpolitischen Neuorientierung der Bundesrepublik, in: Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 283-338.

7 Erwin Kristoffersen, Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften in Polen, in: Werner Plum (Hg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S. 75-80; Heinz Oskar Vetter, Notizen. Anmerkungen zur internationalen Politik, Köln 1983.

8 Klaus von Beyme, Die Entwicklung der sozialistischen Länder und die Ostpolitik der deutschen Gewerkschaften, in: Ulrich Borsdorf/Hans-Otto Hemmer/Gerhard Leminsky/Heinz Markmann (Hg.), Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, Köln 1977, S. 597-613, hier: S. 599.

9 Vgl. Walther Müller-Jentsch, Soziologie der Industriellen Beziehungen. Eine Einführung, 2., erw. Aufl., Frankfurt a. M. 1997; Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels (Hg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003. In der überarbeiteten Ausgabe des Handbuchs findet sich immerhin ein Beitrag zur Geschichte transnationaler Gewerkschaftspolitik: Werner Reutter/Peter Rütters, »Pragmatischer Internationalismus«: Geschichte, Struktur und Einfluss internationaler und europäischer Gewerkschaftsorganisationen, in: Wolfgang Schroeder (Hg.), Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, 2., überarb., erw. u. aktual. Aufl., Wiesbaden 2014, S. 579-615.

10 Vgl. Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007; Jochem Langkau/Hans Matthöfer/Michael Schneider

Allerdings bilden die Gewerkschaften auch in der geschichtswissenschaftlichen Forschung zur Deutschland- und Ostpolitik eine Leerstelle.¹¹ Historiografische Arbeiten zur D tente bewegen sich in ihren Darstellungen vielfach entlang der durch die zentralen Protagonisten der westdeutschen Ostpolitik, Willy Brandt und Egon Bahr (aber auch Helmut Schmidt), in ihren Erinnerungen und Darstellungen selbst gelegten Pfade. Nicht nur die Gewerkschaften, sondern generell zivilgesellschaftliche Akteure spielen somit in der Forschung zur Außenpolitik eine geringe Rolle.¹² Insgesamt wird im deutschsprachigen Feld der »Cold War Studies« der Rolle von Zivilgesellschaft und Nichtregierungsakteuren noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Zwar liegen mittlerweile umfangreiche Forschungen zu den Effekten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) für die osteuropäische Dissidenz und den Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme vor. Die Forschung zu bilateralen Beziehungen von Nichtregierungsorganisationen in den früheren Ostblock während der Entspannungsperiode steht dagegen noch am Anfang.¹³

Entsprechend diesem geringen Forschungsstand ist der Kenntnisstand nicht nur über den Umfang und den Charakter der westdeutschen Gewerkschaftsbeziehungen in die DDR und nach Osteuropa gering, sondern auch über das Verhältnis dieser Gewerkschaftskontakte zur offiziellen Deutschland- und Ostpolitik. So geht Wolfgang Schroeder davon aus, dass die Politik des DGB in den 1950er-Jahren als flankierende Maßnahme für die SPD gedacht war beziehungsweise die Gewerkschaften im »Wind-schatten« der Sozialdemokratie segelten.¹⁴ Hans-Otto Hemmer sieht dagegen bis zu

(Hg.), SPD und Gewerkschaften. Bd. 1: Zur Geschichte eines Bündnisses, Bonn 1994; Klaus Schönhoven, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004; Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011.

11 Vgl., wenn auch schon ein wenig älter: Oliver Bange, Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik, in: Archiv für Sozialgeschichte, 46 (2006), S. 713–736.

12 Vgl. exemplarisch Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M./Zürich 1989 (gleichfalls die erw. Ausg. v. 1993); Hans-Joachim Noack, Helmut Schmidt. Die Biographie, Berlin 2008; Andreas Vogtmeier, Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996. Und auch in der Quellenedition zum Wirken Brandts, der »Berliner Ausgabe«, finden sich Gewerkschaften lediglich als innenpolitische Partner beziehungsweise Kontrahenten.

13 Zu den Effekten der KSZE vgl. exemplarisch Daniel C. Thomas, The Helsinki Effect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism, Princeton 2001; Anja Hanisch, Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabh ngigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung, München 2012. Zu den Nichtregierungsorganisationen im Helsinkiprozess vgl. ebenfalls exemplarisch Sarah C. Snyder, Human Rights Activism and the End of the Cold War. A Transnational History of the Helsinki Network, Cambridge 2011; Katharina Kunter, Die Kirchen im KSZE-Prozess. 1968–1978, Stuttgart 2000.

14 Wolfgang Schroeder, Facetten der deutschlandpolitischen Diskussion des DGB in der Adenauer-Ära, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 281–300, hier: S. 287.

Beginn der 1960er-Jahre trotz der Nähe zur SPD eine geradezu bruchlose Übereinstimmung mit der Regierungspolitik unter Adenauer; der DGB sei »der amtlichen Außenpolitik« gefolgt.¹⁵ Wolther von Kieseritzky wiederum vertritt eine vermittelnde Position, wonach die Gewerkschaften Mitte der 1960er-Jahre »partiell« eine eigenständige und »aktive ostpolitische Rolle« einnahmen, die »sowohl mit den offiziellen Positionen der internationalen Gewerkschaftsbewegung als auch mit denen der deutschen Politik nicht immer deckungsgleich war«.¹⁶ Während Klaus Lompe (ähnlich wie von Beyme) die gewerkschaftliche Ostpolitik erst mit »gewisser Verspätung zur staatlichen Politik« einsetzen sieht,¹⁷ konstatiert Hemmer, dass die Gewerkschaften, und hier vor allem die ÖTV unter ihrem Vorsitzenden Heinz Kluncker, ab 1964 der staatlichen Politik in »Pionierfunktion« tastend vorausgegangen seien.¹⁸

Neben den angeführten Aufsätzen und Analysen im Rahmen knapper Überblicksdarstellungen oder Einführungen in Quelleneditionen liegen eine explizite Arbeit zu den Kontakten des DGB nach Polen sowie mehrere Arbeiten zu den deutsch-deutschen Beziehungen vor. Rolf Gawrich kommt in seiner Dissertation über die Beziehungen des DGB zum Zentralrat der polnischen Gewerkschaften zu dem Ergebnis, dass der DGB in der Phase der sozial-liberalen Regierungskoalition »als Mittler für informelle Ostkontakte unterhalb der Regierungsebene« gedient und sich zugleich »als hilfreicher Multiplikator in der Öffentlichkeitsarbeit, d. h. im meinungsbildenden Teil des Willensbildungsprozesses der bundesdeutschen Bevölkerung« erwiesen habe.¹⁹ Ob und inwieweit es sich dabei um Spezifika des deutsch-polnischen Verhältnisses handelte, kann Gawrich aufgrund der Fokussierung auf Polen natürlich nicht beantworten. In der Frage des Verhältnisses zur Bundesregierung gelangt er zu dem Ergebnis, dass der DGB anfänglich die Ostpolitik der Bundesregierung lediglich adaptiert, im Entwicklungsprozess der deutsch-polnischen Gewerkschaftsbeziehungen jedoch Eigenständigkeit und damit auch eine von der Regierung unterscheidbare Haltung gegenüber *Solidarność* entwickelt habe.²⁰ Gawrichs Arbeit stellt vor allem des-

15 Hans-Otto Hemmer, Flankierende Maßnahmen. Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 171-187, hier: S. 173.

16 Wolther von Kieseritzky, Einleitung, in: ders. (Hg.), Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1964–1969, Bonn 2006, S. 9-60, hier: S. 55.

17 Lompe, Gewerkschaftliche Politik in: Hemmer/Schmitz (Hg.), Gewerkschaften, 1990, S. 283-338, hier: S. 337.

18 Hemmer, Flankierende Maßnahmen, in: Jansen/Niethammer/Weisbrod (Hg.) Aufgabe, 1995, S. 171-187, hier: S. 180.

19 Rolf Gawrich, Deutscher Gewerkschaftsbund und polnische Gewerkschaftsbewegung. Der DGB als transnationaler Akteur und seine Beziehungen zur »offiziellen« und »oppositionellen« Gewerkschaftsbewegung in der Volksrepublik Polen (1970–1989), Bonn 1996, S. 201.

20 Ebd., S. 384.

halb eine Pionierleistung dar, weil er das Verhältnis zur regierungsamtlichen Außenpolitik thematisiert. In dieser Hinsicht ist nur die Arbeit von Ernst-Dieter Köpper zu nennen, die die außenpolitischen Orientierungen der westdeutschen Gewerkschaften bis Mitte der 1950er-Jahre in den Blick nimmt.²¹ Allerdings unterlag Gawrichs Vorhaben zum einen aufgrund des geringen Erschließungszustands der Akten einer zu dem Zeitpunkt deutlich schlechteren Quellenlage im Bereich des DGB, zum anderen verzichtete er gänzlich auf staatliche Gegenüberlieferungen. Zudem ging Gawrich in seiner Konzeption von einer gefestigten »internen Organisationsmacht« des DGB aus.²² Dass der DGB über eine solche Organisationsmacht gegenüber seinen Mitgliedsorganisationen zumindest in internationalen Fragen tatsächlich weitgehend verfügte, wird in der vorliegenden Arbeit bestätigt. Doch gelang es Gawrich nicht, den Prozess und die Dynamik in der Entscheidungsfindung auf westdeutscher Seite herauszuarbeiten, wofür der hohe Grad an Autonomie der Einzelgewerkschaften hätte berücksichtigt werden müssen.

Anders als Gawrichs Arbeit zu Polen überzeugen die vorliegenden Studien zu den deutsch-deutschen Beziehungen aufgrund ihres »cognitive bias« nicht. Die Forschungen Manfred Wilkes, Hans-Peter Müllers und Hans-Hermann Hertles zu den deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen der 1970er- und 1980er-Jahre sind allzu stark einem moralisierenden Vorwurf an die Ostpolitik verhaftet, mit dem Systemgegner kollaboriert zu haben. Nahezu ausschließlich auf Basis von FDGB-Archivalien ziehen Wilke und Müller den Schluss, die von den westdeutschen Gewerkschaften durchgeführte Spitzendiplomatie habe »auf Seiten des DGB unter den beteiligten Funktionären eine Mentalität der politischen Kooperation mit dem FDGB« befördert.²³ Hinsichtlich der westdeutschen IG Druck und Papier behaupten Wilke und Hertle gar, diese habe mit der SED und dem FDGB ein »Genossenkartell« gebildet.²⁴ Die Dissertation von Jens Hildebrandt zu den DGB/FDGB-Beziehungen in den 1950er- und 1960er-Jahren wiederum löst sich über weite Strecken nicht von einer Rechtfertigung der DGB-Abschottungs- und Abgrenzungspolitik bis kurz nach dem Mauerbau.²⁵ Diese politische Einfärbung führt letztlich zu einem problematischen

21 Ernst-Dieter Köpper, *Gewerkschaften und Außenpolitik. Die Stellung der westdeutschen Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und militärischen Integration der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO*, Frankfurt a. M./New York 1982.

22 Gawrich, *Gewerkschaftsbewegung*, 1996, S. 16.

23 Manfred Wilke/Hans-Peter Müller, *Zwischen Solidarität und Eigennutz. Die Gewerkschaften des DGB im deutschen Vereinigungsprozeß*, Marburg 1991, S. 34. Vgl. ferner Manfred Wilke, *Die »Westarbeit« des FDGB. Die DDR-Gewerkschaft und die innerdeutschen Beziehungen (1945–1990)*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, (2005) 18, S. 115–137.

24 Manfred Wilke/Hans-Hermann Hertle (Hg.), *Das Genossenkartell. Die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien. Dokumente*, Frankfurt a. M./Berlin 1992.

25 Jens Hildebrandt, *Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur neuen Ostpolitik 1955 bis 1969*, St. Ingbert 2010.

Umgang mit den Quellen.²⁶ Für die vorliegende Untersuchung von größerem Gewicht ist, dass Hildebrandt nicht den von ihm selbst gelegten Fährten nachgeht, die auf die enge Verwobenheit des DGB mit der Deutschlandpolitik Adenauers hinweisen.²⁷

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die historiografischen Arbeiten zu den westdeutschen Gewerkschaften zum Ersten in ihrer Gesamtheit dem Sujet entsprechend sich auf die Innenpolitik fokussieren. In der historischen Forschung wurden die (west-)deutschen Gewerkschaften nur selten als transnationale Akteure wahrgenommen, womit die hiesige Gewerkschaftshistoriografie auch im internationalen Maßstab hintansteht.²⁸ Zum Zweiten leidet die gewerkschaftsgeschichtliche Forschung unter der Ausblendung des Verhältnisses ihres Forschungsgegenstandes zu den staatlichen Instanzen. Weitgehend folgt die Forschung den organisationseigenen Deutungen und behandelt die Gewerkschaften als unabhängige und überparteiliche Akteure. Diese Engführung macht sich schließlich sogar darin bemerkbar, dass auf Quellen staatlicher Provenienz und damit auf die Gegenüberlieferung verzichtet wird.

In dem vorliegenden Forschungsdesiderat bündeln sich mehrere geschichtswissenschaftliche Tendenzen. Erstens begegnete man in den 1990er-Jahren einem generellen Niedergang der Arbeiterbewegungshistoriografie, der sowohl »endogenen« Faktoren methodisch-inhaltlicher Art als auch »exogenen« Einflüssen wie der Ablösung der Sozialgeschichte durch den »cultural turn« geschuldet war.²⁹ Gewerkschafts-

26 So argumentiert Hildebrandt beispielsweise, der Beschluss der IG Druck und Papier 1959, eine Studiendelegation zum FDGB zu entsenden, sei auf die erfolgreiche ostdeutsche Infiltrationsarbeit zurückzuführen. Als Beleg kann Hildebrandt aber lediglich ein FDGB-internes Schreiben anführen, wonach dieser Beschluss »über den Schriftführer des Bezirksvorstands der IG Druck und Papier in Bremen lanciert worden« sei (Hildebrandt, Gewerkschaften, 2010, S. 381).

27 Vgl. auch Stefan Müller, Rezension zu Jens Hildebrandt, Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969, St. Ingbert 2010, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 11 (2012) 1, S. 208-210.

28 Eine Ausnahme ist die Untersuchung von Werner Link, der sich aber schon durch den parallelen Zugriff über die Unternehmensseite von engführenden, organisationsgeschichtlichen Darstellungen löste: Werner Link, Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf 1978. Anders sieht es da schon bei den transnationalen Organisationen aus, wo auch aus dem deutschsprachigen Raum und unter Berücksichtigung *auch* der deutschen Organisationen einige Arbeiten vorliegen. Vgl. Yves Clairmont, Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation. Organisation, Strategien und Machtpotentiale des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes bis 1990, Stuttgart 2014; Rainer Fattmann, Für ein soziales Europa. Der Agrar-, Lebensmittel- und Tourismusbereich in der europäischen Gewerkschaftspolitik seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Münster i. Westf. 2013; Johanna Wolf, Assurances of Friendship. Transnationale Wege von Metallgewerkschaftern in der Schiffbauindustrie, 1950–1980, Göttingen 2018.

29 Vgl. (selbst-)kritisch Thomas Welskopp, Klasse als Befindlichkeit? Vergleichende Arbeitergeschichten vor der kulturhistorischen Herausforderung, in: Archiv für Sozialgeschichte, 38 (1998), S. 301-336.

geschichten selbst waren in erheblichem Maße in den eigenen Organisationsgeschichten gefangen, haben selbst den Anschluss an die damaligen Herausforderungen der Geschichtswissenschaften und schließlich auch an die Debatten der Zeitgeschichtsforschung verpasst.

Die Lösung der »alten« Gewerkschaftsgeschichte von der Zeitgeschichte wiederum wird von einer mehr als problematisch zu nennenden Ignoranz in jüngeren Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik gespiegelt. Ob Hans-Ulrich Wehlers letzter Band zur »Deutschen Gesellschaftsgeschichte«, ob Heinrich August Winklers »Langer Weg nach Westen« oder die Überblicksdarstellungen Manfred Görtemakers, Eckart Conzes und Ulrich Herberts: Gewerkschaften als Akteure der deutschen Geschichte werden nahezu ausgeblendet.³⁰ Schon die oben erwähnte Begleitung Brandts durch Vetter nach Warschau oder die DGB-Delegation nach Ost-Berlin im Oktober 1972 geben Hinweise auf die Bedeutung der Gewerkschaften für die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition. Die Gewerkschaften waren und sind unzweifelhaft zentrale Akteure der Zeitgeschichte; sie waren es in außenpolitischer Perspektive und sie waren es selbstverständlich in weitaus größerem Maß in innenpolitischer Hinsicht. Dies stand für die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen der 1970er- und 1980er-Jahre außer Frage. Der anhaltende Vorwurf an den ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker, durch den Arbeitskampf im öffentlichen Dienst 1973/1974 den Rücktritt Willy Brandts mindestens forciert zu haben, spricht Bände.³¹ Auch wird man, ohne die Bedeutung der Gewerkschaften für die Geschichte der Bundesrepublik anzuerkennen, kaum die hitzigen Debatten der 1970er-Jahre um einen vermeintlich drohenden »Gewerkschaftsstaat« erklären können.³² Gleiches gilt für

30 Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009; Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M. 2004; Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*. Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung*, 4., durchges. Aufl., München 2002; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 5: *Bundesrepublik und DDR 1949–1990*, München 2008; Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014.

31 Faulenbach spricht von einer destruirenden Wirkung auf die Autorität Brandts durch den Arbeitskampf, da Kluncker trotz Warnungen durch den SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner an den Tarifforderungen festgehalten habe: Bernd Faulenbach, *Willy Brandt*, München 2013, S. 82 f. Vgl. exemplarisch auch Ulrich von Alemann und Josef Schmidt, nach denen der ÖTV-Streik den Rücktritt Brandt beschleunigt habe: Ulrich von Alemann/Josef Schmid, *Die Reform der Gewerkschaft ÖTV. Ein Fazit der Projektergebnisse in zwölf Punkten*, in: dies. (Hg.), *Die Gewerkschaft ÖTV. Reformen im Dickicht gewerkschaftlicher Organisationspolitik*, Baden-Baden 1998, S. 405-431.

32 Vgl. die Beiträge in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*, 25 (1974) 10, insbesondere: Hans-Otto Hemmer/Ulrich Borsdorf, »Gewerkschaftsstaat«. Zur Vorgeschichte eines aktuellen Schlagworts, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 25 (1974) 10, S. 640-653. Vgl. ferner Günter Triesch, *Gewerkschaftsstaat oder sozialer Rechtsstaat*, Seewald 1974; Institut der Deutschen Wirtschaft (Hg.), *Auf dem Weg in den Gewerkschaftsstaat? 2.*, überarb. u. erg. Aufl., Köln 1974; *Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat (Teil I)*. (Sonderheft), in: *WSI-Mitteilungen*, 29 (1976) 8;

den Arbeitskampf in der Metall- und Druckindustrie Mitte der 1980er-Jahre für die Einführung der 35-Stunden-Woche, der wiederum zum Auslöser für den wichtigsten Konflikt zwischen Gewerkschaften und der Regierung Helmut Kohls wurde, als die Bundesregierung 1986 über das Instrument des Arbeitsförderungsgesetzes (§ 116 AFG) zugunsten der Unternehmen in die Streiktaktik der Gewerkschaften intervenierte. Der Arbeitskampf selbst war sogar Thema im Auswärtigen Amt, das von den Botschaften über das Medienecho im jeweiligen Gastland informiert werden wollte.³³ Karl Lauschke annotierte diesen Befund historiografischer Verkürzung damit, dass sich hier ein »fragwürdiges Gesellschafts- und Politikverständnis« herausragender Historiker offenbare.³⁴ Ob und inwiefern auch gesellschaftspolitische Entwicklungen zum Verschwinden arbeitsweltlicher Akteure aus der Historiografie nach 1989 eine Rolle spielten, kann hier nicht diskutiert werden. Festzustellen bleibt aber eine gewisse Entfremdung zwischen Gewerkschaften als Akteure und der Geschichtswissenschaft.

Seit den 2000er-Jahren ist jedoch wieder ein Aufschwung zu verzeichnen und spätestens mit der zeitgeschichtlichen Debatte um die Phase »nach dem Boom« geraten Arbeitswelten und arbeitsweltliche Akteure wieder in den Blick der Geschichtswissenschaften.³⁵ Die vorliegende Studie zu den Ostkontakten der westdeutschen Gewerkschaften in der Periode der Entspannungspolitik zwischen 1969 und 1989 will sowohl die skizzierte Forschungslücke füllen als auch an dem in den letzten Jahren

Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat (Teil II). (Sonderheft), in: WSI-Mitteilungen, 30 (1977) 12; Peter Krug, Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat? in: Die Neue Gesellschaft, 23 (1976) 11, S. 921-925; Iring Fetscher, »Gewerkschaftsstaat« und Freiheit, in: Borsdorf/Hemmer/Leminsky/Markmann (Hg.), Gewerkschaftliche Politik, 1977, S. 127-134.

- 33 Zum Arbeitskampf und dem § 116 AFG vgl. Kapitel VI (1. DGB-Ostpolitik im zweiten Kalten Krieg). Die Berichte der Botschaften über die Presseberichterstattung im Gastland zum Abschluss des Arbeitskampfes finden sich in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden PA AA), Zwischenarchiv (ZA), Bd. 142512. In der internationalen Presse wurde der Streik zum Teil als Kampf der Opposition gegen die Bundesregierung und als Lokomotivfunktion für eine neue europäische Sozialpolitik wahrgenommen (vgl. darin den zusammenfassenden Bericht: Ref. 604 an Herrn Bundesminister, 23.7.1987, betr. Internationales Medienecho auf Abschluß des Metallarbeiter- und Druckerarbeiterstreiks).
- 34 Karl Lauschke, Sind Gewerkschaften eine historische Randerscheinung? Weiße Flecken in großen Geschichtswerken, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, März/April 2015, <http://www.gegenblende.de/32-2015/++co++3a8f4196-c8b4-11e4-87ae-52540066f352> (zuletzt aufgerufen am 9.6.2019).
- 35 Vgl. exemplarisch eine der frühen Studien: Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hg.), »Nach dem Strukturbruch«? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011. Zum Forschungs- und Debattenstand vgl. ferner Jörg Neuheiser, Arbeit zwischen Entgrenzung und Konsum. Die Geschichte der Arbeit im 20. Jahrhundert als Gegenstand aktueller zeithistorischer und sozialwissenschaftlicher Studien, in: Neue Politische Literatur, 58 (2013), S. 421-448; Kim Christian Priemel, Heaps of Work. The Ways of Labour History, H-Soz-Kult, 23.1.2014, <http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1223> (zuletzt aufgerufen am 9.6.2019).

zu verzeichnenden neuen Interesse anknüpfen. Zum einen handelt es sich bei dieser Arbeit um einen Beitrag zur historischen Forschung über arbeitsweltliche Akteure, genauer: um einen politikgeschichtlichen Beitrag zur Geschichte der westdeutschen Gewerkschaften als Akteure der Zeitgeschichte. Zum anderen versteht sich die Untersuchung als Beitrag zur deutschland- und ostpolitischen Forschung, in dem die Gewerkschaften als Teil der Zivilgesellschaft verstanden und anhand derer exemplarisch die entspannungspolitische Rolle und die Funktion von Nichtregierungsorganisationen vermessen werden. Die Studie stellt einen Beitrag zur außenpolitischen Geschichte der Bundesrepublik unter der besonderen Perspektive einer zeithistorischen Gewerkschaftsforschung dar und untersucht anhand der westdeutschen Gewerkschaften Parameter von »social détente«.

2 Untersuchungsgegenstand und Quellenlage

Die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf westdeutscher Seite ist relativ einfach. Es handelt sich um den DGB und dessen damals 16 beziehungsweise nach dem Beitritt der Gewerkschaft der Polizei (GdP) 1978 dann 17 Mitgliedsorganisationen. Der 1949 als Einheitsgewerkschaft gegründete DGB war und ist nach wie vor die dominierende Kraft auf Arbeitnehmerseite, sodass es hier weder notwendig noch sinnvoll erscheint, zum Vergleich die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Organisationen aus dem Bereich des Deutschen Beamtenbundes (DBB) oder gar der marginalen christlichen Gewerkschaften heranzuziehen. Im Zentrum der Untersuchung stehen dabei die Spitzengremien und die Spitzenfunktionäre des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Die internationalen Kontakte waren, dies hat sich in der Untersuchung schnell herauskristallisiert, in hohem Maße zentralisiert, sodass auch hinsichtlich der Quellenrecherche die Diskussionen und Entscheidungen im DGB-Bundesvorstand zunächst die Orientierungspunkte boten.

An eine Untersuchung über die Kontakte der westdeutschen Gewerkschaften zu kommunistischen Organisationen könnte dagegen zu Recht der Anspruch erhoben werden, zum Vergleich auch Staaten beziehungsweise kommunistische Gewerkschaften heranzuziehen, die nicht dem Warschauer Pakt angehörten. Da die Arbeit in ihrer zentralen Fragestellung dem Verhältnis von Gewerkschaften zur Entspannungspolitik und damit der staatlichen Deutschland- und Ostpolitik folgt, wären die Resultate eines Vergleichs der Beziehungen zu kommunistischen Gewerkschaften in nicht kommunistischen Ländern wie der *Confédération générale du travail* (CGT; dt.: Allgemeiner Gewerkschaftsbund) in Frankreich oder die Beziehungen zu Organisationen in neutralen Ländern stark begrenzt, sodass hierauf verzichtet wurde. Allerdings wurden im Forschungsprozess allein schon aus dem Grund, dass hier zusammenhängende Akten vorlagen, auch die Beziehungen zum Jugoslawischen Gewerkschaftsbund (JGB) untersucht. Es stellte sich schnell heraus, dass die Beziehungen nach Jugosla-

wien einem eigenständigen Pfad folgten, der sich erheblich von den Beziehungen mit den Gewerkschaften der Warschauer-Pakt-Staaten unterschied. Im Mittelpunkt der deutsch-jugoslawischen Gewerkschaftsbeziehungen stand die jugoslawische Arbeitsmigration in die Bundesrepublik. Eine erste Vereinbarung über die Zusammenarbeit beider Verbände wurde bereits 1968 getroffen, 1969 wurde beim DGB-Bundesvorstand sogar ein eigenes Büro für jugoslawische Arbeitnehmer eingerichtet.³⁶ In der Ständigen Kommission beider Dachverbände wurden Fragen illegaler Tätigkeit in der Bundesrepublik, von Leiharbeit, der Unterstützung arbeitsloser Jugoslawen durch den DGB, Fragen der Fortbildung und der Einrichtung von Klubs für jugoslawische Arbeitsmigranten behandelt. Darüber hinaus gab es einen intensiven Informationsaustausch und es wurde über das Thema der Rückkehr jugoslawischer Migrantinnen und Migranten beraten.³⁷ Die im Kontakt mit den Warschauer-Pakt-Gewerkschaften aufgetretenen weltpolitischen Fragen spielten im deutsch-jugoslawischen Gewerkschaftsverhältnis keine Rolle. Der DGB führte dies unter anderem darauf zurück, dass der JGB nicht Mitglied des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes (WGB) war.³⁸ Ferner versuchte der JGB offenbar nicht, die westdeutschen Diskussionspartner vom jugoslawischen Selbstverwaltungsmodell zu überzeugen. »Der Grund« hierfür, so der Sozialreferent der deutschen Botschaft in Belgrad Ende 1975, »dürfte nicht zuletzt in der in der Praxis gewonnenen Erkenntnis liegen, daß die Selbstverwaltungsideologie kapitalistischen Härtetests noch nicht ganz gewachsen ist.«³⁹ Ganz ohne Ideologie waren diese Beziehungen aber nicht; dies hätte auch verwundert. So suchte der jugoslawische Verband danach, den DGB und andere westlich orientierte Gewerkschaften in seine »Dritte-Welt-Arbeit« einzubinden. Über knapp sieben Jahre hinweg warb der JGB bei westlich und kommunistisch orientierten Gewerkschaften gleichermaßen um die Einberufung einer »Weltentwicklungskonferenz der Gewerkschaften«.⁴⁰ Nach sieben Jahren Vorbereitung fand diese Konferenz 1980 schließlich statt, aber ohne Beteiligung des DGB. Der JGB hatte sich bei dem Versuch, den Westen und den Osten zusammenzubringen, überhoben. Weltpolitische Hürden wie die

36 Vorlage für die Sitzung des Bundesvorstands am 4.11.1969, betr. Betreuung ausländischer Arbeitnehmer, 3.11.1969, Archiv der sozialen Demokratie (im Folgenden AdsD), DGB-Archiv (im Folgenden: 5/DGAI bzw. 5/DGAJ ...), 5/DGAI000463.

37 Vgl. exemplarisch: Harald Simon, Bericht über die Tagung der Ständigen Kommission des DGB und des Jugoslawischen Gewerkschaftsbundes vom 16.–20.10.1971 in [Priština] Kosovo, 15.11.1971, AdsD, 5/DGAI001212; Erwin Kristoffersen, betr. Gespräch Vettters mit dem jugoslawischen Botschafter am 11.4.1974, 5.4.1974, AdsD, 5/DGAI001212; Jahresbericht 1975 des Sozialreferenten an Deutschen Botschaft (im Folgenden AV für Auslandsvertretung) in Belgrad, Nr. 350/76, PA AA, ZA, Bd. 126555/56; AV Belgrad an AA, 9.2.1985, Nr. 223, PA AA, ZA, Bd. 134259.

38 Vermerk zum TOP Ostkontakte, 25.8.1971, AdsD, 5/DGAI000471.

39 AV Belgrad an Auswärtiges Amt (AA), 28.10.1975, Nr. 1242/75, PA AA, ZA, Bd. 126555/56.

40 Kristoffersen an Vetter, 17.7.1975, AdsD, 5/DGAJ000178; Kristoffersen an Vetter, 8.3.1978, AdsD, 5/DGAI001234.

Teilnahme der israelischen Histadrut, die schließlich nicht eingeladen wurde, oder die Frage, ob die Internationale Arbeitsorganisation (IAO; engl.: International Labour Organization, ILO) den Rahmen bilden könne, was auch nicht der Fall war, konnten inmitten des zweiten Kalten Krieges nicht überwunden werden.⁴¹

Da sich die deutsch-jugoslawischen Gewerkschaftsbeziehungen unabhängig von denen mit den Warschauer-Pakt-Gewerkschaften entwickelten und in dieser Studie lediglich einen (wenn auch zweifelsohne interessanten) Exkurs dargestellt hätten, wurde darauf verzichtet. Die Beobachtung dieser Beziehungen trug jedoch dazu bei, den Blick auf die Ost-West-Beziehungen zu schärfen. Insbesondere das jugoslawische (Gewerkschafts-)Engagement zwischen den »drei Welten« muss hier leider eine offene Forschungsfrage bleiben, auch wenn im Kontext der Konflikte um die Multilateralität von Gewerkschaftskontakten eine Reihe von Hinweisen für die Formen und die Hintergründe des »Kampfes um die Dritte Welt« angerissen werden. Als Anreiz für weitere Forschung sei hier noch erwähnt, dass die jugoslawischen, deutschen und schwedischen Gewerkschaften sogar ein gemeinsames Entwicklungshilfeprojekt in Tansania diskutierten (Bau eines Ausbildungszentrums beziehungsweise eines Wohnungsbauprojekts) und dieses, so der aus den eingesehenen Quellen entstandene Eindruck, eher aus fachlichen denn aus politisch-ideologischen Erwägungen heraus nicht durchführten.⁴² Kontakte schließlich zu weiteren, nicht zum Warschauer Pakt zählenden kommunistischen Staaten und deren Gewerkschaften waren wiederum dermaßen marginal, dass sie hier nicht berücksichtigt wurden. Beispielsweise kam es 1979 zu einer ersten Begegnung mit dem chinesischen Gewerkschaftsbund (die chinesische Seite hatte 1975 erstmals ein Interesse geäußert).⁴³ Das Auswärtige Amt war eingeweiht und begrüßte die inmitten des chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieges verabredete Delegationsreise. Der DGB hatte sich, da er eigentlich Reisen in kriegführende Staaten verweigerte, ausdrücklich beim Auswärtigen Amt erkundigt, dort aber die Auskunft erhalten, dass China »keinen Krieg, sondern nur eine begrenzte militärische Aktion« durchführe.⁴⁴ Ein zweiter Besuch erfolgte fünf Jahre später,

41 Kristoffersen an Vetter, 12.3.1980, AdsD, 5/DGAJ000165; AV Belgrad an AA, 10.3.1980, Nr. 349, PA AA, ZA, Bd. 130662; Protokoll der DGB-Bundesvorstandssitzung vom 3.6.1980, AdsD, 5/DGAI000504.

42 Ergebnisprotokoll des Routinegesprächs Auslandsabteilung DGB – Friedrich-Ebert-Stiftung am 10.11.1970, AdsD, 5/DGAJ000197; Vermerk zum TOP Ostkontakte, 25.8.1971, AdsD, 5/DGAI000471; Projekt internationaler Zusammenarbeit der Arbeitnehmer, Entwurf, Übersetzung, AdsD, 5/DGAJ000283; Dieter Wagner an Vetter, 31.1.1973, AdsD, 5/DGAJ000153.

43 Zum Gespräch zwischen dem DGB-Vorsitzenden Vetter und dem chinesischen Botschafter Wang Shu vgl. Harald Simon an Vetter, 10.3.1975, AdsD, 5/DGAI001229.

44 Vermerk betr. Kontakte des DGB zum chinesischen Gewerkschaftsbund, 1.3.1979, PA AA, ZA, Bd. 126519.

sodass zu diesem Zeitpunkt von deutsch-chinesischen Gewerkschaftsbeziehungen kaum gesprochen werden kann.⁴⁵

Wenn der Gegenstand dieser Studie also die Kontakte der westdeutschen Gewerkschaften in die Warschauer-Pakt-Staaten sind, stellt sich die Frage der zu verwendenden Quellen. Zu Recht könnte überlegt werden, auch die Bestände der ostdeutschen und osteuropäischen Gewerkschaften im Sinne der Gegenüberlieferung zumindest auszugsweise heranzuziehen. Eine solche Forderung stieße zuerst natürlich auf sprachliche Barrieren, da neben russischen auch mindestens polnische und ungarische Quellen hätten herangezogen werden müssen. (Tschechoslowakische, rumänische und bulgarische Quellen wären, dies wird im Verlauf der Untersuchung gezeigt, zu vernachlässigen gewesen.) Dennoch: Eine solche Untersuchung wäre nicht nur sprachlich, sondern auch forschungsökonomisch im Rahmen einer Einzelstudie nur schwer zu bewältigen. Zudem müssten, und dies stellt die inhaltliche Seite dar, zum Verständnis der osteuropäischen Perzeption(en) westdeutscher Ostpolitik die Gewerkschaftsgeschichte(n) Osteuropas und der DDR kontextualisiert und diskutiert werden. Wie in dieser Untersuchung deutlich wird, handelte es sich bei den Gewerkschaften hinter dem »Eisernen Vorhang« nicht um einen homogenen Block; dies in einem multiperspektivischen Zugriff zu berücksichtigen, wäre wiederum im Rahmen einer Einzelstudie nicht zu leisten gewesen.

Die vorliegende Arbeit fragt insofern in einer transnationalen Perspektive nach den deutsch-deutschen und den Osteuropabeziehungen der westdeutschen Gewerkschaften, muss sich aber aufgrund des Quellenzugriffs auf die westdeutsche Perspektive und auf das westdeutsche Agieren fokussieren. Dies stellt eine Einschränkung dar, doch ließ sie sich nicht umgehen. Im Zentrum der Ausführungen stehen auf Basis der Fragestellung drei Bestände, die miteinander diskutiert werden: die Unterlagen des DGB und seiner Gewerkschaften, Akten des Auswärtigen Amtes sowie Quellen aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB). In diesem Dreieck und Kontext aus innergewerkschaftlichen Debatten (kontextualisiert in der westdeutschen Gesellschafts- und internationalen Politikgeschichte) und staatlicherseits eingerahmt durch die die Außen- und Deutschlandpolitik bestimmenden Ministerien bewegten sich die Ostbeziehungen des DGB. Insofern kann es sich hier nur um die Untersuchung der westdeutschen Perzeption und des westdeutschen Agierens in diesen Beziehungen handeln.

Herangezogen wurden allerdings einzelne Unterlagen des FDGB. Diese Quellen ergänzten die Bestände des DGB und des Innerdeutschen Ministeriums, boten aber selten eine »alternative« oder gegenteilige Sicht. Anknüpfend an die Studie von Jens Hildebrandt hätte es sich angeboten, einem asymmetrischen, deutsch-deutschen Be-

45 Vgl. Ernst Breit, Eingangsstatement für die Begegnung einer DGB-Delegation mit dem Allchinesischen Gewerkschaftsbund in Peking, 24.–29.7.1984, AdsD, 5/DGAI001317; AA an AV Peking, 31.8.1984, PA AA, ZA, Bd. 142334.

ziehungsgeflecht nachzugehen. Dies hätte die Arbeit jedoch von vornherein stärker auf die Deutschlandpolitik gelenkt und eine Reihe von Frage- und Problemstellungen ausgeblendet. Die Untersuchung der FDGB-Quellen sowie einzelner Quellen in der Stasiunterlagenbehörde ergab jedoch ein Ergebnis, das hier schon vorweg dargestellt werden soll. Der FDGB war recht gut über die Diskussionen in den westdeutschen Gewerkschaftsvorständen informiert, was auch schon durch bisherige Forschungen bekannt war. Die Informationen erhielt der FDGB in den 1970er- und 1980er-Jahren durch den eigenen, relativ großen Westapparat, durch die SED und die geheimdienstlichen Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).⁴⁶ Bis zu seiner Verhaftung 1972 war der DGB-Vorstandssekretär Wilhelm Gronau die wesentliche Quelle für das MfS. Aber auch nach dessen Verhaftung war der FDGB gut über die internen Debatten des DGB im Bilde. Von einer Einflussnahme auf die Politik des DGB durch Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit kann jedoch nicht die Rede gewesen sein: Hierfür waren es schlicht zu wenige Gewerkschaftsquellen an zu wenig profilierten Positionen. Im MfS-Gewerkschaftsreferat wurden Ende der 1980er-Jahre lediglich 13 Bundesbürger geführt. Zum einen litt das MfS an Nachwuchsproblemen, zum anderen gelangten die ostdeutschen Institutionen seit den 1970er-Jahren durch die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und deren Jugendorganisation, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), ausreichend an »legale« Informationen über die Politik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften.⁴⁷ Die vollmundige Feststellung von Hubertus Knabe über mannigfaltige Unterwanderung der westdeutschen Gewerkschaften durch das MfS gehört eher in das Reich der politischen Mythen (wenn nicht gar der Propaganda).⁴⁸ Bemerkenswert war, auch dies soll schon an dieser Stelle erwähnt werden, dass die vielfältigen Informationen über den DGB und dessen Diskussions- und Entscheidungsprozesse dem FDGB wenig nutzten. Das starre Raster des ostdeutschen Marxismus-Leninismus sowie die Abhängigkeit von der Partei ließen dem FDGB wenig politische Flexibilität. Eine solche wäre aber sowohl in der Analyse als auch in der praktischen Politik notwendig gewesen, um Einfluss auf den DGB im Sinne politischer Steuerung nehmen zu können.

Einleitend bleibt noch einiges zur sprachlichen Ebene der Arbeit anzumerken. Die zeitgenössischen Namen und Bezeichnungen für die Beziehungen zwischen Ost und West waren zugleich politische Charakterisierungen, sie waren umkämpft und nicht unwesentlicher Bestandteil der (symbol-)politischen Ost-West-Konflikte. Handelte

46 Zum Westapparat der SED und den gesellschaftlichen Organisationen der DDR vgl. Heike Amos, *Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte*, Göttingen 2015.

47 Zu den Spitzenquellen in den westdeutschen Gewerkschaften vgl. Helmut Müller-Enbergs (Hg.), *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Aufl., Berlin 1998; Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hg.), *Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland*, Bremen 2003, S. 54.

48 Hubertus Knabe, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, 3. Aufl., Berlin 1999, S. 9.

es sich für die Bundesrepublik Deutschland beispielsweise bei den Beziehungen zur DDR um innerdeutsche oder deutsch-deutsche Beziehungen, so waren dies für die DDR Auslandsbeziehungen. Das Akronym BRD wiederum wurde Mitte der 1970er-Jahre aus dem westdeutschen Schulunterricht verbannt, um so die von ostdeutscher Seite betriebene Gleichsetzung mit der DDR zu vermeiden.⁴⁹ In dieser Arbeit werden verschiedene Begriffe gewählt, ohne dass Präferenzen bestehen oder in jedem Fall die in den 1970er- und 1980er-Jahren dahinter stehenden politischen Haltungen geteilt werden. So werden Bundesrepublik, Bundesrepublik Deutschland oder Westdeutschland synonym verwendet, allerdings wird keine sprachliche Umkehrung der damals auch als politische Kampfbegriffe verwendeten Bezeichnungen vorgenommen.

3 Transnationalität, innerverbandliche Willensbildung und gesellschaftspolitische Interdependenz

Das Vorhaben war von vier analytischen Überlegungen begleitet, die den Forschungsprozess (nicht die Darstellung) strukturierten, wenn auch nicht zu gleichen Teilen und über den gesamten Zeitraum hinweg. Das erste analytische Set betrifft die Rolle der Gewerkschaften als transnationale Akteure. Die westdeutschen Gewerkschaften waren und sind ohne Zweifel zivilgesellschaftliche Organisationen und transnationale Akteure in dem in der Forschung verwendeten Sinne.⁵⁰ Der DGB und seine Mitgliedsorganisationen waren (und sind) zum einen als nicht staatliche Organisationen in ein eigenes transnationales Beziehungsgefüge eingebunden (Europäischer Gewerkschaftsbund, EGB; Internationaler Bund Freier Gewerkschaften, IBFG) und unterhielten zum anderen als Nichtregierungsorganisationen (NGO, Non-Governmental Organization) Beziehungen zu quasistaatlichen Organen in den Warschauer-Pakt-Staaten. Die osteuropäischen Gewerkschaften verstanden sich selbst als Transmissionsriemen ihrer jeweils führenden Staatsparteien und begaben sich damit in die Rolle eines staatlichen Akteurs. Zudem zählten die ostdeutschen und

49 Vgl. Helmut Berschin, Deutschlandbegriff im sprachlichen Wandel, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Neuausg. 1999, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 217-225.

50 Zur Konzeption transnationaler Beziehungen vgl. die begrifflichen Überlegungen bei Robert O. Keohane/Joseph S. Nye, Transnational Relations and World Politics. An Introduction, in: International Organization, 25 (1971) 3, S. 329-349; Walter Ludwig Bühl, Transnationale Politik. Internationale Beziehungen zwischen Hegemonie und Interdependenz, Stuttgart 1978; Karl Kaiser, Transnationale Politik, in: Ernst-Otto Czempiel (Hg.), Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, Köln 1969, S. 80-109; Joseph S. Nye/Robert O. Keohane, Transnationale Beziehungen und Weltpolitik, in: Helga Haftendorn/Hans Hoyng (Hg.), Theorie der internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der internationalen Beziehungen, Hamburg 1975, S. 69-88; Akira Iriye, Global and Transnational History. The Past, Present, and Future, Basingstoke 2013.

osteuropäischen Gewerkschaftsvorsitzenden in der Regel zum engeren Machtzirkel und waren Mitglieder der Politbüros ihrer Parteien. Andreas Jüngling gesteht in seiner Untersuchung der Solidaritätsarbeit des FDGB mit der spanischen Opposition gegen Franco den DDR-Gewerkschaften eine gewisse Eigenständigkeit im außenpolitischen Konzert der DDR zu und knüpft, indem er den FDGB als »außenpolitische Vermittlungsgruppe« bezeichnet, an die Konzeption Werner Links der »linkage groups« an.⁵¹ Charakteristisch sei hier, dass sowohl Beziehungen zum inneren politischen System als auch zu transnationalen beziehungsweise internationalen Partnern bestünden. Der FDGB sei, so Jüngling, einerseits transnationaler und nicht staatlicher Akteur im Sinne der Definitionen von Kaiser, Nye und anderen, er sei aber zugleich »integraler« und »insgesamt gleichgewichtiger Teilnehmer der diplomatischen Außenpolitik gewesen, ohne formell als solcher aufzutreten«.⁵² Damit steht Jüngling jedoch vor der Herausforderung, dem FDGB Autonomie in außenpolitischer Hinsicht zuzugestehen und zugleich die Parallelität mit der SED-Politik zu begründen. Diese Perspektive auf den FDGB konnte sich im Verlauf dieser Arbeit nicht bestätigen, stand aber auch angesichts der ausgewählten Quellen nicht im Fokus. Allerdings stellt sich im Anschluss an Link die Frage, ob der DGB auch als »linkage group« im deutschen politischen System agierte.

Die begriffliche Definition transnationaler Beziehungen und die Charakterisierung von Nichtregierungsorganisationen sind in der Forschung häufig sehr breit und damit unscharf. Insbesondere in der sozialwissenschaftlichen Forschung findet sich gelegentlich eine erstaunliche Unbekümmertheit. Mendelson und Glenn etwa formulieren in der Einleitung zu ihrem Sammelband über internationale NGOs im post-sowjetischen Raum, dass unter der Regierung Bill Clintons »administration and the NGOs tended to talk only about success stories, because they feared losing funding from a hostile Congress if they openly discussed the difficulties of democratization and the limited role that assistance often plays in the process«.⁵³ Die Herausgeber sprechen von NGOs und geben im gleichen Atemzug Hinweise auf die offenkundige staatliche Abhängigkeit der von ihr untersuchten Organisationen. Die NGOs sind dieser Darstellung nach auf die Regierung bezogen, teilen deren Ziele, agieren in deren Interessen und sind finanziell von dieser abhängig, ohne dass die Forschung den nicht staatlichen Charakter der NGOs infrage stellt. Kaum überraschend stellen Mendelson

51 Andreas Jüngling, *Alternative Außenpolitik. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund der DDR und Franco-Spanien (1947–1975)*, Berlin 2017, S. 31–36. Zum Konzept der »linkage group« vgl. Link, *Gewerkschaften und Geschäftsleute*, 1978. Amos sieht dagegen aufseiten des FDGB keine eigenständigen Ambitionen, gesteht allerdings auch Forschungsbedarf zu. Amos, *SED-Deutschlandpolitik*, 2015, S. 391.

52 Jüngling, *Alternative Außenpolitik*, 2017, S. 34.

53 Sarah E. Mendelson/John K. Glenn, *Transnational Networks and NGOs in Postcommunist Societies*, in: dies. (Hg.), *The Power and Limits of NGOs. A Critical Look at Building Democracy in Eastern Europe and Asia*, New York 2002, S. 1–28, hier: S. 4.

und Glenn schließlich auch fest, dass der Erfolg staatlicher Politik (hier die Ausdehnung der Europäischen Union und der NATO nach Osteuropa) »depend at least as much on the degree to which organizations outside the government embrace norms, rules, and practices common in Western democracies«. ⁵⁴ Der sozialwissenschaftliche NGO-Begriff ist schwammig und sollte von der historischen Forschung nicht einfach übernommen werden. Die in sozial- und politikwissenschaftlichen Darstellungen vorzufindende »soup of acronyms« führt in die Beliebigkeit, es tauchen auf einmal sogenannte GONGOs auf (»government-organized NGOs«) oder es werden gelegentlich gar die Mafia und al-Qaida als Nichtregierungsakteure gelistet. ⁵⁵ Entsprechend polemisch führt Norbert Götz die MONGO ein: »my own NGO«. ⁵⁶

Die Kritik am sozialwissenschaftlichen NGO-Begriff enthebt die Geschichtswissenschaft allerdings nicht der Frage, welche Möglichkeiten der Ost-West-Konflikt überhaupt Nichtregierungsorganisationen bot, fern ihrer Regierungen transnationale Politik zu betreiben. (Im Übrigen ist auch die Geschichtswissenschaft nicht frei von definitorischen Spiegelfechtereien, wenn beispielsweise zwischen transnationalen »Akteuren« und »Bewegungen« unterschieden wird. ⁵⁷ Daher wird in der vorliegenden Untersuchung auch für einen begrifflichen Pluralismus und Pragmatismus plädiert. ⁵⁸) Die 1970er-Jahre gelten als »distinctive phase« für die Entwicklung von NGOs und damit auch von transnationalen Akteuren, ⁵⁹ sodass sich die westdeutschen Gewerkschaften auf den ersten Blick mit ihrem Engagement in diese Entwicklung einreihen. Die bisherige Forschung stellte allerdings in politischer Hinsicht vornehmlich asymmetrische nicht gouvernementale Ost-West-Beziehungen in den Mittelpunkt, nämlich das Verhältnis von Organisationen im Westen, die zwar als NGOs agierten, aber nur in begrenztem Konflikt zum eigenen politisch-ökonomischen Block und in ihrer jeweiligen Gesellschaft standen, zu systemoppositionellen Kräften des anderen Blocks. Dies traf vielfach auf die Kirchenkontakte zu und dies betraf die Wirkungen

54 Ebd.

55 Karen A. Mingst/Ivan M. Arreguin-Toft, *Essentials of International Relations*, 5. Aufl., New York/London 2011, S. 210.

56 Norbert Götz, *Civil Society and NGO. Far from Unproblematic Concepts*, in: Bob Reinalda (Hg.), *The Ashgate Research Companion to Non-State Actors*, Farnham/Burlington 2011, S. 185-196, hier: S. 192.

57 Vgl. Wolfram Kaiser, *Transnationale Geschichte im Zeichen der Globalisierung*, in: Eckart Conze/Ulrich Lappenküper/Guido Müller (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln 2004, S. 65-92; Holger Nehring, *Transnationale soziale Bewegungen*, in: Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012, S. 129-149.

58 Vgl. Barbara Haider-Wilson, *Humpty Dumpty, die Geschichtswissenschaft und der Pluralismus: Einlassung auf die historische Subdisziplin »Internationale Geschichte«*, in: Barbara Haider Wilson/William D. Godsey/Wolfgang Mueller (Hg.), *Internationale Geschichte in Theorie und Praxis/International History in Theory and Practice*, Wien 2017, S. 9-61.

59 Akira Iriye, *Transnational History*, in: *Contemporary European History*, 13 (2004) 2, S. 211-222, hier: S. 219.

des Helsinki-Prozesses auf die osteuropäische Dissidenz.⁶⁰ Ein wenig anders verhielt sich dies im polnischen Fall, wo die westeuropäische und transatlantische Solidarität von den Konservativen bis zur radikalen Linken reichte und somit auch Systemoppositionen miteinander in Kontakt standen.⁶¹ Bei den Gewerkschaften handelte es sich dagegen in dem skizzierten Sinne um politisch symmetrische Beziehungen, da beide Seiten jeweils in einem positiven Bezug zu ihren Gesellschaften standen. (Das »Ausmaß« dieser Symmetrie ist Gegenstand der Fragestellung.) Ähnliche symmetrische Beziehungen dürften auch die westlichen und östlichen Sportverbände unterhalten haben.⁶²

Ein analytischer Rahmen dieser Untersuchung liegt also darin, nach dem Spielraum von Nichtregierungsorganisationen im Kalten Krieg und während der Entspannungspolitik zu fragen. Die westdeutschen Gewerkschaften stehen hier exemplarisch als *Pars pro Toto*, wobei die »politische symmetrische Transnationalität« als ein Spezifikum gewerkschaftlicher Ost-West-Beziehungen berücksichtigt werden muss. Die Perspektive der transnationalen Geschichte bietet dabei generell die Möglichkeit, die nationale Perspektive zu verfremden,⁶³ und sie bietet die Chance, »to consider the process by which change is facilitated on a different timescale«,⁶⁴ also die zu unterscheidenden Modi und Tempi staatlichen und gesellschaftlichen Handelns in den Blick zu nehmen. Die Untersuchung befragt somit einerseits die Gewerkschaften in ihrer Rolle als transnationale Akteure der Deutschland- und Ostpolitik, andererseits fragt sie nach dem Mehrwert einer transnationalen Perspektive auf die Ostkontakte der westdeutschen Gewerkschaften.

Die zweite analytische Überlegung betrifft den innerverbandlichen Willensbildungsprozess. Gawrich hat in seiner Arbeit über die deutsch-polnischen Gewerkschaftsbeziehungen mit dem Konzept von Gewerkschaften als transnationale Akteure gearbeitet, dies aber vornehmlich unter politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten und unter der Vorannahme einer gefestigten »internen Organisationsmacht« des

60 Neben den oben zitierten Arbeiten von Thomas, Hanisch, Snyder und Kunter vgl. auch die Beiträge in Robert Brier (Hg.), *Entangled Protest. Transnational Perspectives on the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union*, Osnabrück 2013.

61 Vgl. hier Robert Brier, *Poland's Solidarity as a Contested Symbol of the Cold War: Transatlantic Debates after the Polish Crisis*, in: Klaus Kiran Patel/Kenneth Weisbrode (Hg.), *European Integration and the Atlantic Community in the 1980s*, New York 2013, S. 83-105.

62 Für die Phase der Entspannungspolitik befindet sich die Forschung auch hier erst in den Anfängen. Zu den deutsch-deutschen Sportbeziehungen bis Ende der 1960er-Jahre vgl. Martin H. Geyer, *Der Kampf um nationale Repräsentation. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die »Hallstein-Doktrin«*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 44 (1996) 1, S. 55-86; Uta A. Balbier, *Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950–1972. Eine politische Geschichte*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2007.

63 Vgl. hier auch Klaus Kiran Patel, *Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 52 (2007) 7, S. 626-645.

64 Patricia Clavin, *Defining Transnationalism*, in: *Contemporary European History*, 14 (2005) 4, S. 421-439, hier: S. 428.

DGB.⁶⁵ Um das Untersuchungsfeld fassen zu können, schränkte Gawrich es ein und ließ damit die politischen Auseinandersetzungen im DGB und – von großer Bedeutung angesichts der Struktur des DGB – den hohen Grad an Autonomie der Einzelgewerkschaften außer Acht, die sich nicht uneingeschränkt an die Beschlüsse des Bundes gebunden fühlten. Entgegen Gawrichs Annahme einer »internen Organisationsmacht« erschien auf Grundlage des Forschungsstandes sowie nach einer ersten Durchsicht edierter vorliegender Quellen und organisationseigener Publikationen die Deutschland- und Ostpolitik der westdeutschen Gewerkschaften als vielstimmig. Die IG Druck und Papier etwa stach heraus, da sie scheinbar schon frühzeitig zu einer Anerkennung der DDR oder zumindest zu einer Kontaktaufnahme zum FDGB bereit war,⁶⁶ sich zugleich energisch einer Solidarisierung mit der polnischen Opposition Anfang der 1980er-Jahre verweigerte.⁶⁷ Auf der anderen Seite stand die ÖTV unter Heinz Kluncker, die sich zwar ebenfalls frühzeitig für eine Kontaktaufnahme einsetzte, diese aber im Rahmen der Brandt'schen Entspannungspolitik wissen wollte.⁶⁸ Die IG-Metall-Spitze wiederum zählte in den 1950er-Jahren zu den schärfsten Kritikern des FDGB. So befürwortete der Vorsitzende Otto Brenner die »Förderung einer freien, selbständigen, verantwortungsbewussten Gewerkschaftsaktivität«, die »nicht wegen realpolitischer Erwägungen aufgegeben werden dürfe«, weshalb er noch Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre eine Kontaktaufnahme zum FDGB ablehnte.⁶⁹ Der Vorsitzende des DGB, Ludwig Rosenberg, sprach somit Mitte der 1960er-Jahre von »Aufweichungstendenzen« der bis dahin einheitlichen und Kontakte ablehnenden Linie.⁷⁰ Angesichts dieser unterschiedlichen deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen und Positionen kann gefragt werden, ob im DGB (Dachverband und Mitgliedsorganisationen) mehrere »Ostpolitiken« vorzufinden waren, die, wenn überhaupt, erst in einem komplizierten Abstimmungs- und Entscheidungsfindungsprozess zu einer kohärenten Politik finden mussten. So wird in dieser Studie nicht nur nach den Ergebnissen, sondern auch nach den Formen und Verläufen der innerverbandlichen Willensbildung gefragt.

Ein dritter analytischer Komplex betrifft die Verschränkung von Innen- und Außenpolitik. Thomas Risse-Kappen argumentiert (ohne Quellenbasis und aus poli-

65 Gawrich, *Gewerkschaftsbewegung*, 1996, S. 16.

66 Wilke/Hertle (Hg.), *Genossenkartell*, 1992; Wilke, »Westarbeit«, in: *Zeitschrift des Forschungverbundes SED-Staat*, (2005) 18, S. 115-137.

67 Leonhard Mahlein, *Gewerkschaften international. Im Spannungsfeld zwischen Ost und West. Aus eigener Sicht*, Frankfurt a. M. 1984, S. 150-153.

68 Hans-Otto Hemmer/Hartmut Simon (Hg.), *Auf die Wirkung kommt es an. Gespräche mit Heinz Kluncker*, Frankfurt a. M. 2000, S. 146.

69 Zit. n. Jens Becker/Harald Jentsch, *Otto Brenner. Eine Biographie*, Göttingen 2007, S. 318.

70 5. Oktober 1965: Protokoll der 30. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes, in: Kieseritzky (Hg.), *Gewerkschaftsbund 1964–1969*, 2006, S. 213-221, hier: S. 218; Protokoll der 25. Sitzung des Bundesvorstandes, 4. März 1965, in: Kieseritzky (Hg.), *Gewerkschaftsbund 1964–1969*, 2006, S. 173-178.

tologischer Sicht), es habe sich bei der gewerkschaftlichen Unterstützung der sozial-liberalen Außenpolitik um eine Art Tauschgeschäft gehandelt, wonach die Gewerkschaften hierdurch einen größeren Spielraum in ihrem Kernbereich, der Arbeits- und Sozialpolitik erhalten haben.⁷¹ Ein erster Blick in die Quellen untermauert diese Analyse zwar nicht, ein Wechselverhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik bestand aber unzweifelhaft. So sahen sich die Gewerkschaften vor der Situation, nachdem sie fast zwei Jahrzehnte lang den Kampf gegen ostdeutsche Infiltrationsversuche geführt hatten, im Rahmen der »Neuen Ostpolitik« ihr Verhältnis zur 1968 wiedergegründeten kommunistischen Partei neu zu justieren. Die Gewerkschaften standen nun unter Druck, auf der einen Seite die Mitglieder der immerhin jetzt legalen DKP als Gewerkschaftsmitglieder und vor allem in gewerkschaftlichen Funktionen zu akzeptieren. Auf der anderen Seite mussten die Gewerkschaften eine heftig geführte Kritik über vermeintliche oder reale kommunistische Unterwanderungen über sich ergehen lassen; ein Konflikt, der tief in die Gewerkschaften selbst hineinreichte.⁷² Ein weiteres Krisenthema, in dem Innen- und Außenpolitik verbunden waren, stellte der NATO-Doppelbeschluss 1979 dar. Zum einen musste der DGB im zweiten Kalten Krieg die Beziehungen nach Osteuropa und in die DDR erneut nach ihrer Funktion befragen. Zum anderen, zugleich der gewichtigere Aspekt, wurde die Friedens- und Entspannungspolitik des DGB innenpolitisch zwischen der Friedensbewegung und der Loyalität zur sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Helmut Schmidt gewissermaßen eingeklemmt. Das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik im deutschland- und ostpolitischen Engagement der Gewerkschaften war somit die dritte, den Forschungsprozess anleitende Fragestellung. Die Frage nach der Rolle oder Funktion von Innen- beziehungsweise Außenpolitik und nach den dominierenden Faktoren ist jedoch überlagert von der für die Arbeit zentralen Frage nach der Einordnung der gewerkschaftlichen Deutschland- und Ostpolitik in die regierungsamtliche Entspannungspolitik der 1970er- und 1980er-Jahre, sodass diese dritte Überlegung selten expliziert wird.

Der vierte Fragenkomplex bezieht sich auf die großen Entwicklungslinien der Bundesrepublik und die Interdependenz gewerkschaftlicher Politik mit zeitgenössischen politischen, sozialen und kulturellen Tendenzen. So kann danach gefragt werden, ob der gesellschaftliche Aufbruch von Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre (verbunden mit der Chiffre »1968«) nicht in einem parallelen und interdependenten Prozess auch in den Gewerkschaften nachzuzeichnen ist und eine Grundlage für die Öffnung nach Osteuropa bildete. So wie die demokratische Mobilisierung

71 Thomas Risse-Kappen, *Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierungen und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984*, Mainz/München 1988, S. 59 f.

72 Vgl. Ossip K. Flechthelm/Wolfgang Rudzio/Fritz Vilmar/Manfred Wilke, *Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflußstrategien und Ideologien*, Frankfurt a. M. 1980.

und der Reformaufbruch bei der »Willy-Wahl« 1972 auch die Brandt'sche Neue Ostpolitik legitimierte, könnte ein ähnlicher Prozess in den Gewerkschaften verlaufen sein. Sowohl zur Frühgeschichte der Neuen Linken in der Bundesrepublik wie auch zum Verhältnis von »1968« und Gewerkschaften in der Bundesrepublik liegen zwar mittlerweile einige Arbeiten vor – ausgeleuchtet ist das Feld aber noch lange nicht.⁷³ Auch kann im Anschluss an Doering-Manteuffel und Raphael unabhängig von der inzwischen breiten und differenzierten Debatte um den »Strukturbruch« gefragt werden, ob sich in den 1970er-Jahren die Leitbegriffe des Politischen in den Gewerkschaften verändert haben. Für die 1980er-Jahre wird von den beiden Autoren in ihren die deutsche Zeitgeschichtsforschung beflügelnden Thesen eine Überformung der fest gefügten Kampfbegriffe des Ost-West-Konflikts »durch die neue Denkfigur des Nord-Süd-Gegensatzes« identifiziert.⁷⁴ Konkret steht somit die Frage – gerichtet an Manfred Wilke –, ob anstatt von einer Kollaboration mit den östlichen Regimen seitens des DGB in den 1980er-Jahren nicht eher von einem an interkulturellen Vorstellungen orientierten »Systemrelativismus« gesprochen werden muss, der diesen Beziehungen zugrunde lag.

73 Zur Neuen Linken vgl. Gregor Kritidis, *Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover 2008; Richard Heigl, *Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950–1968)*, Hamburg 2008. Vgl. auch einzelne Beiträge in Christoph Jünke (Hg.), *Linkssozialismus in Deutschland: Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?* Hamburg 2010. Zum Verhältnis von Gewerkschaften und den Bewegungen ab Ende der 1960er-Jahre vgl. Gudrun Küsel (Hg.), *APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch*, Berlin 1978; Bernd Gehrke/Gerd-Rainer Horn (Hg.), *1968 und die Arbeiter. Studien zum »proletarischen Mai« in Europa*, Hamburg 2007; Knud Andresen, *Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er-Jahre*, Göttingen 2016. Vgl. ferner das Sonderheft von »Arbeit – Bewegung – Geschichte«, 17 (2018) 3, mit den Beiträgen von Ulf Teichmann/Christian Wicke, *Alte und Neue soziale Bewegungen. Einleitende Anmerkungen*, S. 11-19; Marica Tolomelli, *Synergetische Begegnungen. Arbeit, Kultur und Subjekt im Kontext der 1968er-Bewegungen am Beispiel von Italien, Frankreich und der BRD*, S. 20-38; David Templin, *Avantgarde im Klassenkampf oder aufstiegsorientierte Minderheit? Arbeiterjugend in sozialen Bewegungen der späten 1960er- und 1970er-Jahre*, S. 39-56.

74 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte*, Göttingen 2008, S. 119 f. Zur Debatte um den Strukturbruch vgl. exemplarisch die Diskussionen auf dem Historikertag 2014 in Göttingen: Benjamin Möckel, *Historikertag 2014: Zeitgeschichte*, H-Soz-Kult, 20.11.2014, <http://www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-2543> (zuletzt aufgerufen am 9.6.2019); Anna Karla, *Historikertag 2014: Westeuropa im 20. Jahrhundert*, H-Soz-Kult, 30.1.2015, <http://www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-2607> (zuletzt aufgerufen am 9.6.2019).

4 Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Eigenständigkeit und staatlicher Einbindung

Die angeführten vier Fragenkomplexe zur transnationalen Politik, zur innerverbandlichen Willensbildung, zur Verschränkung von Innen- und Außenpolitik und zur Interdependenz der gewerkschaftlichen Ostpolitik mit der politischen Geschichte der Bundesrepublik bieten analytische Rahmungen der Untersuchung, die im Verlauf der Forschung allerdings zu verschiedenen Zeitpunkten und mit unterschiedlichem Gewicht eine Rolle spielten. Während die Perspektive transnationaler Geschichte gegen Ende des Forschungsprozesses im Kontext auswertender Überlegungen an Gewicht gewann, konnte die Frage nach der innerverbandlichen Willensbildung schon zu Beginn weitgehend beantwortet werden. Dies schlägt sich in der Arbeit unter anderem darin nieder, dass die oben skizzierten Problemlagen transnationaler Perspektiven im Wesentlichen im resümierenden Kapitel wieder aufgegriffen werden, wohingegen die Fragen nach den Formen und Resultaten der innerverbandlichen Willensbildung schon im Kapitel 3 beantwortet werden können. Der vierte Komplex, also die Einbettung dieser Untersuchung in die westdeutsche Geschichte, begleitet die gesamte Arbeit, ohne in gesonderten Abschnitten explizit aufgegriffen zu werden. Die Frage nach dem Wechselverhältnis von Innen- und Außenpolitik wiederum berührt den originären historiografischen Ansatz dieser Untersuchung, nämlich die Darstellung und Diskussion des Verhältnisses von Gewerkschaften und regierungsamtlicher Deutschland- und Ostpolitik, das Verhältnis zur Sozialdemokratie und zur westdeutschen Öffentlichkeit seit der Implementierungsphase der Entspannungspolitik.

In ihrem Zentrum wird in dieser Untersuchung also auf der diskursiven Ebene nach der Rezeption der bundesrepublikanischen Ost- und Deutschlandpolitik durch die Gewerkschaften und auf der Handlungsebene nach den gewerkschaftlichen Initiativen gefragt. Der Forschungsstand hierzu ist gering und uneinheitlich, er oszilliert zwischen der Feststellung einer weitgehenden Identität gewerkschaftlicher und regierungsseitiger Außenpolitik auf der einen und einer eigenständigen, partiell sogar vorgreifenden, diplomatische Initiativen antizipierenden gewerkschaftlichen Politik. Gefragt wird im Hinblick auf beide Ebenen nach der zeitlichen Dimension, nach Einflussfaktoren (Kausalitäten) und Verhaltensmustern sowie nach Interdependenzen. Es geht um die Fragen, ob die gewerkschaftlichen Ostkontakte zivilgesellschaftliche »Vorläufer« und möglicherweise sogar (zumindest innenpolitisch) »Wegbereiter« der sozial-liberalen Ostpolitik waren oder ob die Beziehungen zu den Gewerkschaften der Warschauer-Pakt-Staaten lediglich eine Art zivilgesellschaftlicher Begleitmusik darstellten, die sich an die staatlichen Vorgaben hielt (Dependenz), und die Gewerkschaften also, wie teilweise in der Literatur diskutiert, als Unterhändler der Bundesregierung agierten. Die Frage nach der (Inter-)Dependenz beziehungsweise möglichen gewerkschaftlichen Abhängigkeiten ist mit den Fragen nach der zeitlichen Dimension (»Verspätung« versus Antizipation) und nach den Einflussfaktoren be-

ziehungsweise Kausalitäten verknüpft. Mit anderen Worten: Die Untersuchung zielt auf das politische und organisatorisch-institutionelle Verhältnis der gewerkschaftlichen Deutschland- und Ostpolitik zur Politik der Bundesregierung, das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie und schließlich das Selbstverständnis der westdeutschen Gewerkschaften als politische Akteure des nationalen und internationalen Zeitgeschehens.

Die forschungsleitende Hypothese war, dass es sich bei der gewerkschaftlichen Deutschland- und Ostpolitik um mehr als lediglich eine Reaktion auf die Außenpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung handelte. Das zeitweilig eng abgestimmte Agieren habe demnach einerseits auf einer eigenständigen gewerkschaftlichen Konzeption und andererseits auf dem mit der Sozialdemokratie geteilten Grundwertekanon beruht. Gestützt wurde diese Hypothese durch die Darstellung Köppers, der für die Gründungsphase der Bundesrepublik eigenständige Zielvorstellungen der Gewerkschaften ausmachte und diese teils schon in den europapolitischen Diskussionen der Weimarer Zeit begründet sah. Auch die große Distanz der Gewerkschaften zur Regierung Adenauer, anschaulich geworden an den Konflikten um die Mitbestimmung und die Betriebsverfassung Anfang der 1950er-Jahre, ließ es wenig einleuchtend erscheinen, dass der DGB ausgerechnet in Fragen der Außenpolitik (Westintegration, Wiederbewaffnung) der Regierung Adenauer bedingungslos gefolgt sei. Diese Hypothese musste aber schon früh revidiert werden. Die enge Abstimmung der westdeutschen Gewerkschaften mit der Bundesregierung unter Willy Brandt und die gewerkschaftlichen Rücksichtnahmen auf den sensiblen Feldern der Deutschland- und Ostpolitik ließen das grundlegende Verhältnis zwischen westdeutschen Gewerkschaften und westdeutscher Außenpolitik – unabhängig von ihrer je parteipolitischen Einfärbung – in den Fokus des Interesses rücken. Die Untersuchung dieses Verhältnisses auch für die Zeit nach dem Regierungswechsel 1982/1983 bot am Ende die Möglichkeit, dieser Frage übergreifend für die westdeutsche Nachkriegsgeschichte nachzugehen. Im Ergebnis war nicht das spezifische Verhältnis zur Sozialdemokratie ausschlaggebend für das hohe Maß und die Formen des gewerkschaftlichen Engagements in der Deutschland- und Ostpolitik, sondern die hohe Identifikation der Gewerkschaften als nationaler Akteur.

Um diese spezifische Motivation und die damit verbundenen Formen der gewerkschaftlichen Ostpolitik in der Phase der Entspannungspolitik zu vermessen, werden eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die in engem Zusammenhang mit der Deutschland- und Ostpolitik seit 1969 stehen. Zu Beginn steht die noch einfach anmutende Frage, in welchem Maße Absprachen getroffen wurden und auf welcher Ebene der Diskussions- und Abstimmungsprozess zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung verlief. So ließe sich vermuten, dass die traditionelle Nähe zur Sozialdemokratie und insbesondere die gewerkschaftliche Repräsentationsdichte in den Bundeskabinetten zwischen 1969 und 1982 den Gewerkschaften einen privilegierten Zugang zu Information und Konzeption der Neuen Ostpolitik gewährten. Ab 1969 waren zu-

nächst mit Walter Arendt und Georg Leber, später dann mit Hans Matthöfer, Anke Fuchs, Kurt Gscheidle und Herbert Ehrenberg führende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Mitglieder der sozial-liberalen Bundesregierungen. Dann muss mindestens zwischen drei Ebenen unterschieden werden, denen die gewerkschaftliche Unterstützung der Entspannungspolitik galt und wo nach Formen, Motiven und schließlich auch Resultaten dieser zivilgesellschaftlichen D tente gefragt wird: erstens auf dem außenpolitischen beziehungsweise transnationalen Parkett und im Kontakt mit den osteuropäischen Staatsgewerkschaften, zweitens in und gegenüber der westdeutschen Öffentlichkeit sowie drittens in den westdeutschen Gewerkschaften selbst.

Ferner stellen sich im Anschluss an Timothy Garton Ash Fragen an die Eigenständigkeit und Konzeption der gewerkschaftlichen Ostkontakte.⁷⁵ Zunächst soll das Problem aufgeworfen werden, ob es sich eigentlich um eine eigenständige Ostpolitik der westdeutschen Gewerkschaften handelte oder ob die Kontakte nach Osteuropa lediglich eine taktische Variable einer im Zentrum stehenden Deutschlandpolitik darstellten. Vermutlich wird man die Frage in dieser Zuspitzung nicht beantworten können; sie aufzuwerfen hilft aber, das Verhältnis von Deutschland- zur Ostpolitik zu beleuchten. Sowohl hinsichtlich der Gewichtung als auch der Beziehungen selbst kann gefragt werden, welche Prioritäten die Gewerkschaften im Verhältnis von weltpolitischer Entspannung (Kriegsgefahr, Friedenspolitik) und der Verbesserung im deutsch-deutschen Verhältnis setzten, die zum einen auf Erleichterungen im Alltag, insbesondere für West-Berlin, zum anderen aber auch auf das Aufrechterhalten der »einen Nation« gerichtet war. Lag der Schlüssel zu den Kontakten zum ostdeutschen Gewerkschaftsbund FDGB in Anlehnung an die zwischenstaatlichen Beziehungen auch in Moskau oder waren die zivilgesellschaftlichen Gewerkschaftsbeziehungen bis zu einem gewissen Grad unabhängig und entwickelten eine eigene Dynamik (und vielleicht auch Dramatik)?⁷⁶

Die Frage nach den politischen Prioritäten im Verhältnis von Deutschland- und Ostpolitik erweitert dann auch die Fragestellung um die beiden Perspektiven des Bahr'schen »Wandels durch Annäherung«.⁷⁷ Diese Leitformel der westdeutschen Neuen Ostpolitik seit 1969 versprach, durch die Akzeptanz des Status quo der Nachkriegszeit (De-facto-Anerkennung der Grenzen in Osteuropa einschließlich der Westgrenze Polens und der Grenzen der DDR) sowie die Berücksichtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen, den Ostblock und die Sowjetunion zu einer Annäherung an den Westen zu bewegen. Durch eine »Annäherung« an den Osten sollte ein »Wandel« in den Ost-West-Beziehungen eingeleitet werden; die Stabilisierung der inter-

75 Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993.

76 Zur zentralen Prämisse Bahrs, dass der Weg zur DDR über Moskau führe, vgl. Peter Merseburger, Willy Brandt. 1913–1992. Visionär und Realist, 4. Aufl., Stuttgart/München 2002, S. 591 f.

77 Vgl. grundsätzlich zur Bahr'schen Konzeption: Vogtmeier, Egon Bahr, 1996.

nationalen Beziehungen sollte die Kommunikation und den Austausch erleichtern, die Grenzen ein Stück weit öffnen, kleine Löcher in den »Eisernen Vorhang« reißen. Das zweite Motiv war, durch diese Stabilisierung zugleich den Raum für innergesellschaftliche Liberalisierungsprozesse in Osteuropa zu ermöglichen. Der Begriff des Wandels war doppeldeutig und für den Osten doppelbödig: In der Perspektive Willy Brandts und Egon Bahrs sollte »Entspannung [...] transformatorischen Wandel befördern«;⁷⁸ von ostdeutscher Seite wurde dieses Ansinnen entsprechend als »Aggression auf Filzplatschen« gedeutet, so die dem DDR-Außenminister Otto Winzer zugeschriebene Formulierung.⁷⁹ Das Versprechen, von einer »Eroberung« des kommunistischen Machtbereichs abzusehen, sollte den Platz für Reformen und Reformer schaffen und den Kommunismus von innen her aushöhlen. Der Mauerbau 1961 und damit das Platzen aller noch vorhandenen Hoffnungen auf die schnelle Vereinigung beider deutscher Staaten waren eine notwendige Voraussetzung hierfür. Anknüpfend an die US-amerikanische neue »Strategie des Friedens« (Kennedy) galt es nun, »die kommunistische Herrschaft nicht zu beseitigen, sondern zu verändern«.⁸⁰ Am Ende eines solchen Prozesses sollte, so der Spiritus Rector der neuen westdeutschen Entspannungspolitik, Egon Bahr, eine europäische Friedensordnung einschließlich eines vereinigten Deutschlands stehen.

Im Anschluss an diese Doppelbödigkeit der Neuen Ostpolitik wird in dieser Untersuchung gefragt, welche Rolle der anvisierte » transformatorische Wandel« in der gewerkschaftlichen Perspektive spielte: In welchem Maß wurde dieses zweite Motiv der Neuen Ostpolitik rezipiert? Welchen Stellenwert maßen die Gewerkschaften ihren Ost-West-Beziehungen für die internationale Politik bei? Erhofften sich die westdeutschen Gewerkschaften, Einfluss auf die osteuropäischen Organisationen nehmen zu können? Welche Rolle spielte die deutsche Einheit für die Gewerkschaften (noch)? Stellte die »Einheit der Nation« ein noch zu beobachtendes Motiv in der gewerkschaftlichen Politik und öffentlichen Inszenierung dar beziehungsweise welche Wandlungen erfuhr dieses Motiv im Verlauf der 20 Jahre zwischen 1969 und dem Zusammenbruch des ostdeutschen Sozialismus? In diesem Rahmen lässt sich auch dem von Wilke und anderen vorgetragenen Vorwurf nachgehen, die westdeutschen Gewerkschaften seien in ihrem Verhältnis zum ostdeutschen FDGB trotz prinzipiell unterschiedlicher Systemvorstellungen eine politische Kooperation eingegangen.

78 Gottfried Niedhart, Wandel durch Annäherung und Grenzen des Wandels in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten des Warschauer Paktes 1967–1975, in: Michaela Bachem-Rehm/Claudia Hiepel/Henning Türk (Hg.), Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth, München 2014, S. 189–198, hier: S. 197.

79 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 157; Karl Seidel, *Berlin-Bonner Balance. 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten*, Berlin 2002, S. 52.

80 Winkler, *Westen* Bd. 2, 2002, S. 218.

Gleichfalls im Kontext des »Wandels durch Annäherung« soll nach dem Verhältnis der westdeutschen Gewerkschaften zur osteuropäischen Opposition beziehungsweise Dissidenz gefragt werden. Die Solidarität mit der polnischen *Solidarność* war zur damaligen Zeit schon bekannt, ein innenpolitisches Thema und teilweise auch in historiografischer Perspektive schon bearbeitet (siehe Kapitel 5). Ob es dagegen aber eine – wenn auch nur marginale oder partielle – Unterstützung reformorientierter Kräfte in den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes gab, ist bislang unbeantwortet.

Wenn nach den Motivationen und Triebkräften des gewerkschaftlichen Engagements in der Deutschland- und Ostpolitik gefragt wird, dann müssen abschließend auch die längeren Linien und eventuelle »legacies« aus der Weimarer Zeit in den Blick genommen werden. Lag, so wie oben gefragt, das deutschland- und ostpolitische Engagement im Zusammenhang mit jüngeren Entwicklungen in der Bundesrepublik oder lassen sich, so wie Köpper dieses andeutet, historische Linien bis zumindest in die Weimarer Zeit ziehen? Hinsichtlich der Einbindung der gewerkschaftlichen transnationalen Beziehungen in die westdeutsche Deutschland- und Ostpolitik lautet die Frage, ob und inwiefern es sich dabei um spezifische Traditionslinien von Gewerkschaften als nationale Akteure handelte oder hier eher lange Linien europapolitischer Vorstellungen im Hintergrund standen.

5 Aufbau der Arbeit

Die Struktur der Arbeit folgt der Chronologie der Ereignisse, da so die entspannungspolitischen Dynamiken und Prozesse besser nachzuvollziehen sind. Das Zentrum der Untersuchung ist in drei Abschnitte unterteilt, die den zu unterscheidenden Phasen und Etappen der Entspannungspolitik entsprechen. Im dritten Kapitel wird der spannungsvolle zivilgesellschaftliche Beginn der Neuen Ostpolitik der Jahre 1969 bis 1972 untersucht. Zeitlich eingerahmt wird dieser Abschnitt durch den DGB-Bundeskongress 1969 und den ersten westdeutsch-sowjetischen Spitzenkontakten, die schließlich zum Moskauer Vertrag führten. Am Ende dieser dreijährigen Vertragsphase stand der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag. Mit Abschluss der Verträge setzten eine Normalisierung in den Ost-West-Beziehungen und eine rasante Zunahme nicht staatlicher Ost-West-Beziehungen ein. Diese sind Thema des vierten Kapitels, das den Zeitraum von etwa Mitte 1972 bis Ende 1979 umfasst. Neben der Kontextualisierung in die internationale Politik und dem Nachzeichnen der gewerkschaftlichen Diskussionen wird hier in einzelnen Abschnitten zwischen den Kontakten nach Osteuropa und den innerdeutschen Beziehungen unterschieden. Letztere Unterscheidung folgt den damit verbundenen Politiken und Sichtweisen auf westdeutscher Seite. Anknüpfend an die Fragen nach dem politischen Verhältnis der Gewerkschaften zur Entspannungspolitik werden auch die kulturellen Formen dieser Ost-West-Beziehungen

in den Blick genommen. Die vorliegende Untersuchung weist insofern eine Nähe zur nicht mehr ganz so neuen »neuen Politikgeschichte« auf, als die Modalitäten von Aushandlung im politischen Raum und politische Symbole eine erhebliche Rolle spielen.⁸¹ Sprache und politische Symbolik werden hier als Handeln und nicht als Widerspruch verstanden.⁸²

Die 1970er-Jahre werden von den 1980er-Jahren durch den zweiten Kalten Krieg getrennt, der spätestens Ende 1979 mit dem NATO-Doppelbeschluss und der sowjetischen Afghanistaninvasion einsetzte. Diese neue Phase des Hochrüstens mit den entsprechenden Folgen für die zwischenstaatlichen und zwischengesellschaftlichen Beziehungen wird hinsichtlich der gewerkschaftlichen D tente im sechsten Kapitel untersucht. Dieses Kapitel, das seinen Abschluss im Spätherbst 1989 findet, ist ähnlich unterteilt wie das vierte Kapitel über die 1970er-Jahre. Auf diese Weise soll die Nachzeichnung und Untersuchung der Ende der 1960er-Jahre begonnenen Prozesse gewährleistet werden. Wenig sinnvoll für die Untersuchung erschien eine weitere zeitliche Differenzierung dieser Dekade beispielsweise in die Jahre vor und nach dem westdeutschen Regierungswechsel 1982/1983 oder die Jahre vor und nach dem erfolgreichen Abschluss der US-amerikanisch-sowjetischen R stungsverhandlungen 1987. Dies lag im Wesentlichen an den Modi und Tempi der transnationalen Gewerkschaftsbeziehungen, die einem anderen Rhythmus folgten als die internationale und die innerdeutsche Politik. Auf diese Weise gelang es, das Jahrzehnt auf ein offenes Ende hin zu schreiben und nicht von seinem Ende her zu denken.

Zwischengeschaltet wird im fünften Kapitel die »polnische Krise« von 1980 bis 1982. Die Gründung und der zeitweilige Erfolg der Gewerkschaft Solidarno c war eine Besonderheit im kommunistischen Osteuropa und wurde umfänglich von einer westdeutschen Solidarit tsbewegung begleitet, womit ein eigenes Kapitel in dieser Arbeit begründet wird.

Im Zentrum der Untersuchung stehen die Jahre 1969 bis 1989. Da aber nach längeren Linien, nach »legacies« gefragt wird, wird im zweiten Kapitel der Arbeit das Verhältnis der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu den außenpolitischen Fragen der Weimarer Zeit und zur Westintegration nach 1945 untersucht. Zudem wird in einem Abschnitt auf die gewerkschaftliche Deutschland- und Ostpolitik zwischen 1945 und 1969 eingegangen. Mit gutem Recht könnte eine Untersuchung der außenpolitischen Orientierungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften schon im Kaiserreich einsetzen und die in dieser Arbeit aufgeworfene Frage nach den langen Linien auf das 19. Jahrhundert ausgeweitet werden. Die Gewerkschaften wie die Arbeiterbewegung

81 Vgl. den Sammelband Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005.

82 Vgl. hier ferner Thomas Mergel, *Kulturgeschichte der Politik*, Version: 2.0, Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, http://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel?oldid=97420 (zuletzt aufgerufen am 9.6.2019).

insgesamt verstanden und verstehen sich als internationalistische Organisationen und haben ihre Politik auf der programmatischen Ebene nie an den Grenzen der Nationalstaaten orientiert. Internationale Solidarbündnisse prägten bereits seit der Entstehung der Arbeiterbewegung die Organisationsszenen, angefangen mit der I. Internationale (1864 bis 1872/1876) als gemeinsamer Verbund von Parteien und Gewerkschaften bis hin zum 1901 gegründeten Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB).⁸³ Im Hinblick auf die Fragestellung zur Ostpolitik in den Jahren 1969 bis 1989 ist jedoch die außenpolitische Relevanz der Gewerkschaften und ihrer Politikkonzeptionen zentral. Bis in den Ersten Weltkrieg hinein verharrte die deutsche Arbeiterbewegung trotz ihrer organisatorischen Stärke und ihrer nach Ende der Sozialistengesetze stetig zunehmenden Wahlerfolge im politischen Außenseitertum.⁸⁴ Der Einfluss auf die Innenpolitik nahm zwar kontinuierlich zu, eine außenpolitische Rolle vermochten sie aber weder einzunehmen noch wurde sie ihnen gestattet.

Eine erste staatliche Anerkennung erfuhren die Gewerkschaften dann während des Ersten Weltkrieges durch das Vaterländische Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916, gewissermaßen als Gegenleistung für die Anerkennung des wilhelminischen Deutschland, seiner Kriegsziele und der Einordnung in die Nation.⁸⁵ Außenpolitischer Einfluss war hiermit selbstverständlich nicht verbunden. Mit der Novemberrevolution, dem Sturz des Kaisers und dem Regierungseintritt der (Mehrheits-)Sozialdemokratie wurde die »negative Integration« (Dieter Groh) der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften vollendet. Die Weimarer Republik wurde der Staat der Sozialdemokratie in all ihren organisatorischen Verästelungen und der nicht kommunistische Teil der Arbeiterbewegung trat nun gewissermaßen das Erbe des deutschen Liberalismus an. Ein weiteres Argument dafür, die Rekonstruktion außenpolitischer Orientierungen der Gewerkschaften mit Beginn der Weimarer Republik einsetzen zu lassen, ist der erst kurz vor Beginn des Krieges abgeschlossene Emanzipationsprozess

83 Seinen Namen erhielt der IGB erst 1913, als Ausgangspunkt für die Organisation wird die Kopenhagener Konferenz im August 1901 betrachtet. Zeitgenössisch zum IGB vgl. Edo Fimmen, *Der Internationale Gewerkschaftsbund. Ein Überblick seiner Entwicklung und seiner Ziele*, Amsterdam 1922; Johannes Sassenbach, *Fünfundzwanzig Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung*, Amsterdam 1926; Johannes Sassenbach, *Internationaler Gewerkschaftsbund (IBG.)*, in: Ludwig Heyde (Hg.), *Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens*, Berlin 1931/32, S. 823-834. Überblicke über die Gesamtgeschichte bieten ferner Sabine Hanna Leich/Wolfgang Kruse (Hg.), *Internationalismus und nationale Interessenvertretung. Zur Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1991, und Reiner Tosstorff, *Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937*, Paderborn 2004, S. 21-50.

84 Zahlen zur Gewerkschaftsentwicklung in: Klaus Schönhoven, *Die Freien Gewerkschaften zwischen Reichsgründung und Weltkrieg: Organisationsentwicklung, Strukturprobleme und Programmik*, in: Erich Matthias (Hg.), *Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Bonn 1984, S. 39-56.

85 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914–1949*, 1., durchges. Aufl. der brosch. Studienausg., München 2008, S. 114 ff.

der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie. Das Abschütteln des sozialdemokratischen Führungsanspruchs und somit die Gleichberechtigung der Gewerkschaften mit und neben der Partei fanden auf dem Gewerkschaftskongress 1905 und dem Mannheimer Parteitag 1906 ihren Abschluss.⁸⁶ Wenn für die bürgerliche Gesellschaft die Trennung von ökonomischer und politischer Sphäre konstitutiv ist, dann wurde auch in der Arbeiterbewegung in gewissem Sinne diese Trennung anhand der Massenstreikdebatte nachvollzogen.

86 Vgl. Klaus Schönhoven, Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918, in: Klaus Tenfelde/Klaus Schönhoven/Michael Schneider/Detlev J. K. Peukert (Hg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 167-278.